

A8 Campusgrüne Grundwerte

Gremium: Campusgrün Bundesvorstand
Beschlussdatum: 08.11.2019
Tagesordnungspunkt: 10.3. Inhaltliche Anträge

Antragstext

1 EINLEITUNG

2 Die Präambel legt fest: "Campusgrün (...) setzt sich für die Verwirklichung
3 einer Gesellschaft ein, in der soziale Gerechtigkeit herrscht, die
4 Menschenrechte tatsächlich umgesetzt sind, in der niemand diskriminiert wird und
5 in der ein Gleichgewicht zwischen Mensch und Natur besteht. [Campusgrün] sieht
6 sich ferner den Grundsätzen der Gewaltfreiheit, des Feminismus und der
7 Geschlechtergerechtigkeit verpflichtet." In den vergangenen 20 Jahren ist
8 Campusgrün diesen Grundsätzen treu geblieben und als Campusgrüne wollen wir uns
9 auch in den kommenden Jahren für diese Werte einsetzen. Doch nach dieser Zeit
10 ist es sinnvoll, sich zu versichern, für welche Ideale wir uns einsetzen, erneut
11 darüber auszutauschen, was unsere Grundwerte für uns bedeuten sowie diese zu
12 schärfen und zu präzisieren. Im Folgenden sind die Campusgrün Grundsätze neu
13 aufgelistet und beschrieben. Die Bestimmungen der Satzung werden dadurch nicht
14 berührt.

15 BASISDEMOKRATISCH

16 Alles ist politisch! Und betrifft uns daher alle.

17 Alle Beteiligten müssen sich für Partizipationsmöglichkeiten aller einsetzen und
18 mit Respekt auf Augenhöhe begegnen. Sobald Menschen von Mitsprache direkt oder
19 indirekt ausgeschlossen werden, wird ihnen die Möglichkeit genommen, ihre Ideen
20 zu teilen und Lösungsvorschläge zu diskutieren. Wer also versucht, andere vom
21 Diskurs auszuschließen verletzt damit das Recht auf Teilhabe und den
22 demokratischen Prozess als Ganzes. Kein Mensch sollte dabei über einem anderen
23 stehen: Demokratische Entscheidungsprozesse schließen autoritäre Strukturen aus!

24 Es ist das Ziel von Campusgrün, an einer Gesellschaft mitzuwirken, in der alle
25 Menschen am politischen, sozialen und kulturellen Leben vollständig frei und
26 ohne Hindernis teilhaben können und in der alle Gesellschaftsbereiche
27 demokratisch und partizipativ gestaltbar sind. Deshalb ist Basisdemokratie unser
28 politisches Ideal und Leitmotiv, vom Aufbau unserer Mitgliedsgruppen, über die
29 Entscheidungsprozesse in unserem Verband bis zu unserem Einsatz in den
30 Hochschulen und der weiteren Politik. Unser Ziel soll stets sein,
31 Partizipationsmöglichkeiten zu stärken und auszuweiten sowie Menschen eine
32 politische Stimme zu geben. Autoritäre Strukturen lehnen wir daher ab und wollen
33 ihnen entschieden entgegenwirken. Aus denselben Gründen wenden wir uns auch
34 gegen jede Form der Benachteiligung und Diskriminierung: Teilhabe darf nicht von
35 zugeschriebenen Eigenschaften oder materieller Verfügung abhängen und muss allen
36 gleichermaßen offen stehen.

37 Wir entwickeln kreative und progressive Ansätze, die Demokratie überall in der
38 Gesellschaft zu stärken und sind stets offen für neue Ideen anderer Akteur*innen
39 - solange sie keine rassistischen oder sexistischen Ansätze vertreten.
40 Benachteiligungen und Barrieren wollen wir überall abbauen und richten diesen

Anspruch an alle gesellschaftlichen Akteur*innen und selbstverständlich an uns selbst. Deswegen arbeiten wir stets an den eigenen Prozessen und der gruppen- wie verbandsinternen Debattenkultur. Individuen, die in Politik und der breiteren Gesellschaft unterrepräsentiert sind oder denen auf andere Weise die Beteiligung erschwert wird, lassen wir besondere Unterstützung zukommen, z.B. in Form zusätzlicher Partizipationsmöglichkeiten. Ganz besonders engagiert wollen wir gegen Abwertung, Exklusion und jede Form der Entmenschlichung kämpfen, denn das hat in Demokratien keinen Platz: Toleranz gilt gegenüber allen, außer den Intoleranten! Deshalb haben wir eine Unvereinbarkeit mit autoritären, reaktionären, elitären oder anders menschenfeindlichen Gruppierungen in unserer Satzung festgeschrieben, sowie unseren Einsatz für Vielfalt, Gerechtigkeit und die tatsächliche Umsetzung der Menschenrechte.

ÖKOLOGISCHE GERECHTIGKEIT

Aufbruch aus den rostigen Ruinen kapitalistischer Verwertungslogik – hinein in den nachhaltigen und gemeinwohlorientierten Hochschulraum

Angesichts der notwendigen sozial-ökologischen Transformation baut die ökologische Gerechtigkeit darauf auf, dass das metabolische Austauschverhältnis zwischen dem Menschen als Bestandteil der Natur grundlegend ökologisch gerechter und im Einklang mit den Tieren und Pflanzen zu gestalten ist. Nur so kann die Natur langfristig als Lebensgrundlage des Menschen und um ihrer selbst willen geschützt werden. Ökologische Gerechtigkeit schafft Bedingungen für eine ökologische Entwicklung und Erhaltung aller Spezies, für Mindeststandards einer gesunden, gefahrenlosen Mitwelt und für die dessen Gestaltung unter Teilhabe aller Bürger*innen nach ökologisch-ästhetischen Werten.*

Campusgrün als Zusammenschluss vielzähliger grün-alternativer Listen im evidenzbasierten Wissenschaftskosmos erkennt die Veränderungsnotwendigkeiten in der Dringlichkeit an und sieht sich als einen Bestandteil von vielen Akteur*innen der Nachhaltigkeits-, Biodiversitäts- und Klimagerechtigkeitsbewegungen. Dabei wollen wir insbesondere die Hochschulen, sowie Studierenden- und Studentenwerke mit priorisiertem Nachdruck für die Gegenwart und Zukunft sozial- und umweltverträglich aufstellen. Wir stellen uns der Verantwortung die Lebensgrundlagen zu erhalten. Die radikal-ökologischen Maßgaben in den Studierendenschaften sollen dabei über die bestehenden Satzungs- und Ordnungsvorschriften hinaus standardisiert werden. Außerdem kämpfen wir für eine gesellschaftlich breit getragene, ökologische und sozial gerechte Ökonomie in einer ökosozialistischen Gemeinschaft.

Der Aufbruch aus dem kurzfristig Gewinn orientierten, Ungleichheit schaffenden und Ressourcen verbrennenden Kapitalozän muss in den Arbeitsstrukturen, den landes-, wie bundespolitischen Programmatiken der Studierendenschaften, sowie in den Vorlesungssälen, der Forschung und den Verwaltungen der Hochschullandschaft stattfinden. Deshalb positionieren wir uns für nachhaltig und ökologisch ausfinanzierte Hochschulen sowie Studierendenwerke. Diese müssen in der Infrastruktur, vor allem in den Liegenschaften, dem Fuhr- und Forschungsinstrumentenpark und in dem Ernährungsangebot regional, sozial gerecht produziert sowie betrieben und klimaneutral aufgestellt sein. Parallel zu der bis 2030 abgeschlossenen Infrastrukturwende, deren Prozess partizipativ und transparent dokumentiert für alle Statusgruppen aufzuschlüsseln ist, wird die bis dato anhaltende „Problembewusstsein-Verhaltens“-Lücke durch die Förderung

89 pazifistischer, kapitalismuskritischer und tierversuchsfreier Forschung und
90 Alternativen aufzeigender interdisziplinärer Lehre in allen Studiengängen
91 forciert.

92 Zu unserer Vision gehört die offene Bildung von nachhaltiger Entwicklung. Die
93 Vermittlung wird von unten organisiert durch Studierende und
94 Universitätsangestellten. Der motorisierte Individualverkehr wird ersetzt durch
95 einen flächendeckenden kostenfreien ÖPNV und Radwege.

96 * (Anm.: Definition entspricht jener von Öko. Gerechtigkeit nach
97 [http://www.bpb.de/apuz/30429/oekologische-gerechtigkeit-als-bessere-](http://www.bpb.de/apuz/30429/oekologische-gerechtigkeit-als-bessere-nachhaltigkeit?p=3)
98 [nachhaltigkeit?p=3](http://www.bpb.de/apuz/30429/oekologische-gerechtigkeit-als-bessere-nachhaltigkeit?p=3)).

99 SOZIALES

100 Inklusiv, sozial & antikapitalistisch:

101 Der zerstörerischen Arbeitsmarktorientierung in der Hochschulbildung ein
102 soziales, inklusives Ende setzen!

103 Die Teilhabe am politischen und sozialen Leben benötigt in allen Lebensbereichen
104 die Grundlage eines guten Miteinanders ohne Ausgrenzung. Sie setzt eine
105 gleichwertige Verteilung von Kapital- und Bildungsressourcen, unabhängig von
106 Diskriminierungen gegenüber im klassistisch-patriarchalen System
107 marginalisierten Gruppen voraus. Im aktuellen Status quo konstatieren wir
108 fehlende Akzeptanz für diverse Lebensentwürfe unterschiedlicher Herkunft und
109 eine daraus resultierende Spaltung der Gesellschaft, welche sich beispielsweise
110 im gestiegenen psychischen Leidensdruck äußert. Die Entfremdung des Menschen von
111 seiner Arbeit, die paternalistische Quantifizierung des ehemals Privaten abseits
112 der geregelten Arbeitszeiten bis hin zur Entkopplung von der unberührten Natur.
113 Dem entgegen streben wir das gute Leben im langfristigen Einklang miteinander
114 und dem Ökosystem an.

115 Campusgrün lehnt sich gegen die Ausbeutung und Ausgrenzung von Studierenden im
116 bestehenden Abhängigkeitsverhältnis zu den akademischen Strukturen auf. Wir
117 widersprechen dem marktorientierten Wettbewerb an Hochschulen, der in
118 Kombination mit einer chronischen Unterfinanzierung des Bildungssystems, soziale
119 und ökonomische Ungleichheiten zwischen Menschen und Regionen verstärkt. Gute
120 Studienbedingungen sollen, abseits der kapitalistischen Herrschaftshierarchien,
121 den Menschen in seiner jeweiligen Lebenssituation strukturell unterstützen und
122 seine Gesundheit* stärken - auch für das Leben nach dem Studium.

123 Hochschulbildung darf keine knappe Ware für ökonomisch und familiär
124 privilegierte sein und muss allen barrierefrei zugänglich sein. Für ein
125 inklusives Zusammenleben müssen die strukturellen Bedingungen gesichert sein.
126 Deshalb fordern wir:

- 127 • Der Hochschulraum muss Austeritätsüberlegungen widersprechend
128 ausfinanziert sein, sodass bedarfsgerechte Studienkapazitäten für alle und
129 über die Regelstudienzeit hinaus bereitgestellt werden können, um den
130 individuellen Leistungsdruck aufzulösen, welcher der solidarischen
131 Kooperation untereinander im Weg steht.
- 132 • Daraus leiten wir weiterhin unsere Ablehnung jeglicher Studiengebühren ab,
133 die Forderung nach einem elternunabhängigen, an den Wohnort angepassten,

dynamisch und ausreichend finanziertes BAföG und nach nicht-prekären Arbeitsbedingungen für alle Beschäftigten an den Hochschulen ab. Für Studierende bedeutet das vor allem ein mindestens tariflich abgesicherter Lohn, der eine alternative Studienfinanzierung zum BAföG darstellen sollte. Auch internationale Studierende sollten in Deutschland ebenfalls während des Studiums selbstständig beschäftigt tätig sein dürfen.

*(Anm.: nach WHO Definition)

ANTIFASCHISTISCH

Klimakämpfe müssen antifaschistische Kämpfe sein!

Durch antisemitisch und rassistisch motivierte Anschläge zeigt sich, wie nötig es noch immer ist, dass wir uns immer und überall gegen Rassismus und Antisemitismus organisieren. Gerade in Zeiten, wo die AfD oft nicht mehr von den Positionen der Mitte zu unterscheiden ist, müssen wir uns intensiv mit der Notwendigkeit antifaschistischer Theorie und Praxis auseinandersetzen. Hochschule und Wissenschaft müssen analysieren, was rechte Positionen hegemonial werden lässt - und Alternativen entwickeln, wie man sie verhindern und ihnen etwas entgegensetzen kann. Dafür muss der Grundsatz gelten, dass Wissenschaft immer politisch ist: Wahrnehmung und ihre Vermittlung können kein Abbild einer bewusstseinsunabhängigen Realität, eines objektiven Ursprunges, abliefern. Stattdessen wird das objektive „Normale“ durch historische Sozialisation und Materialität konstruiert und definiert.

In der Hochschule, der hochschulpolitischen Organisation, und der gesamten Gesellschaft ist kein Platz für Faschist*innen und Rassist*innen - stattdessen gehen wir dem Grundsatz der Gleichheit nach. Wir stellen uns aktiv gegen jede diskriminierende Ideologie. Auch die stillschweigende Tolerierung von Ungleichheit bedeutet aus unserer Sicht, deren Fortbestehen zu gewährleisten. Wir boykottieren jede Art von Menschenfeindlichkeit - auch über Hochschulen hinaus. Damit rechte Kräfte in Deutschland nicht weiter als bisher bereits erstarken braucht es entsprechende strukturelle Bedingungen (BAföG, Wohngeld, egalitäre Lehre, etc.), die eine solidarische Organisation für alle gegen Rechts ermöglichen. Indem wir uns gemeinsam (als Campusgrüne, aber auch zusammen mit weiteren hochschul- und stadtweiten sowie internationalen Akteur*innen) für egalitäre Verhältnisse einsetzen, können sich erst allgemeine Werte wie Respekt entwickeln und manifestieren. Wir müssen uns für eine Lehre organisieren, die die Beschäftigung mit Diskriminierung und gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit (wie z.B. Rassismus, Sexismus und Antisemitismus etc.) behandelt und Demokratiebildung beinhaltet. Auch müssen wir uns mit öffentlichen Veranstaltungen, Demos und direkten Aktionen gegen rechte Kräfte stellen.

Campusgrün unterstützt also den Grundsatz, dass Aufgabe von antifaschistischer Wissenschaft demnach sein muss, „sich mit ihrer Vergangenheit auseinanderzusetzen und danach zu fragen, wie Gesellschaft und Individuen verfasst sein müssen, um ein Widererstarken des Faschismus zu verhindern“* Wir setzen uns dafür ein, dass die Auseinandersetzung mit der Geschichte gesellschaftlicher (studentischer) Bewegung in umfassender Form gefördert wird, aus der wir Schlüsse für unsere aktuelle politische Praxis ziehen können.

*(Christ/Suderland 2014: Soziologie und Nationalsozialismus: Suhrkamp).

180 ÖKOFEMINISTISCH/QUEER-ECOLOGIES

181 Feministische Kämpfe und die Überwindung der ökologischen Krise müssen zusammen
 182 gedacht werden. Kapitalistische Gesellschaften sind patriarchale Gesellschaften:
 183 Sowohl die Natur als auch Frauen* werden in ihnen systematisch nur als für den
 184 Arbeitsmarkt verwertbare 'Ressourcen' gehandelt. Es wird davon ausgegangen, dass
 185 Care-Arbeiten sowie natürliche Organismen immer wieder regenerieren werden - sie
 186 also endlos der Warenproduktion dienen können. Dementsprechend besteht ein
 187 Zusammenhang zwischen verschiedenen Herrschaftsverhältnissen, welche die
 188 internationale Ausbeutung der Natur legitimiert. Damit einhergehend werden
 189 Ungleichheiten zwischen arbeitenden Menschen (v.a. Frauen) aus dem "Globalen
 190 Norden" und "Globalen Süden" erhöht. Diese Herrschaftsverhältnisse des Kapitals
 191 sind dieselben, die auch über den Normalzustand der Heteronormativität bestimmen
 192 und ihn hegemonial machen.

193 Mit diesem Verständnis stellt der Ansatz der Queer Ecologies die vermeintliche
 194 Verbundenheit von "Frau" und "Natur" in Frage: Wir gehen davon aus, dass
 195 Geschlechtszugehörigkeit/ gesellschaftlich konstruiert ist – und nicht etwa
 196 natürlich-biologischen Paradigmen folgt. Dementsprechend ist es ein Trugschluss,
 197 die Gebärfähigkeit eines Menschen mit der Verantwortung zur gesellschaftlichen
 198 Reproduktion gleichzusetzen. Eine biologisch bedingte "weibliche Praxis"
 199 (unbezahlte Hausarbeit, Pflege, Kindererziehung), ist damit widerlegt.

200 Im Generellen ist die Trennung zwischen "Natur" und "Kultur" demnach
 201 machtpolitisch hergestellt. Dagegen wollen wir Campusgrüne den Raum dafür
 202 schaffen, ein alternatives Verständnis von Produktivität diskutieren sowie die
 203 künstliche Trennung zwischen Natur und Kultur neu verhandeln: Es sollte keine
 204 Hierarchisierung zwischen beiden Modellen stattfinden; der menschliche,
 205 historisch geprägte Blickwinkel ist nicht der einzige, der im internationalen
 206 Gefüge zählt. Wir können und wollen nicht über jeden Organismus verfügen, ihn
 207 beherrschen; sondern gehen von einer produktiven, gegenseitigen Unterstützung
 208 aller aus.

209 INTERNATIONALISTISCH

210 Wir alle leben auf einem Planeten und dabei macht es keinen Unterschied auf
 211 welchen Erdteil wir geboren sind. In Zeiten wachsender globaler
 212 Herausforderungen wie dem Klimawandel, der Globalisierung, internationaler
 213 Kooperationen und Konflikten, Interdependenzen sowie einer zunehmenden globalen
 214 Öffentlichkeit müssen wir die engen Scheuklappen der nationalen Grenzen hinter
 215 uns lassen und uns als eine Weltgesellschaft verstehen, die gemeinsam und
 216 solidarisch diese Herausforderungen angeht. So anspruchsvoll die Veränderungen
 217 einer sich globalisierenden Welt für einige auch sein mag, eine Rückkehr zur
 218 Isolation lenkt lediglich von den Problemen ab und lässt diese nur noch größer
 219 werden. Vielmehr sollten wir die Vielfalt und Vernetzung einer globalen
 220 Menschheit als Chance sehen, alte Konflikte beizulegen und eine faire, freie und
 221 fortschrittliche Weltgesellschaft zu fördern.

222 Eine global vernetzte akademische Gemeinschaft ist für viele Beteiligte jetzt
 223 schon eine Selbstverständlichkeit und als Studierende profitieren wir von dieser
 224 Offenheit und gestalten sie aktiv mit. Wissenschaft und ein solidarisches
 225 Studium müssen dazu beitragen Grenzen und Vorurteile abzubauen. So muss sich in
 226 Seminaren mit verschiedenen Demokratiekonzepten auseinandergesetzt werden und
 227 sich mit Konzepten der Konfliktvorbeugung beschäftigt werden. Die Antwort auf

228 Konkurrenz und Krieg kann nur eine globale sein und somit ist globale
229 Bildungsarbeit nichts anderes als eine weitere Form der Friedensarbeit: Mit
230 Waffen führt man Kriege, mit Theorie und Praxis beendet man sie! Dabei ist uns
231 nur zu sehr bewusst, dass eine globale Gesellschaft nicht bedeuten darf, ein
232 europäisch-nordamerikanisches Gesellschaftsmodell auf die gesamte Welt
233 auszuweiten, sondern allen Menschen die Mitgestaltung dieser Gesellschaft zu
234 ermöglichen. Das heißt, Menschen des globalen Südens, marginalisierten Gruppen
235 und die ökonomisch Benachteiligten in alle Entscheidungsprozesse mit
236 einzubeziehen. International heißt immer solidarisch zu sein!

237 Als Campusgrüne wollen wir bei allen unseren Entscheidungen die globale
238 Bedeutung mitdenken. Wir versuchen unsere theoretischen Überlegungen und daraus
239 resultierenden Aktivismus zu internationalisieren. Doch auch vor Ort versuchen
240 wir, dafür die Hürden für Beteiligung abzubauen, diskutieren Perspektiven und
241 Ideen gemeinsam (egal, welcher Herkunft wir sind) und versuchen Räume zu
242 schaffen, damit sich Studierende eine Stimme geben können, egal welche Sprache
243 sie sprechen. Wir widersetzen uns jeder Form der Menschenfeindlichkeit und
244 treten ausschließenden Ideologien wie Rassismus, Antisemitismus und
245 Antiziganismus mit aller Kraft entgegen. Wir engagieren uns für Projekte im
246 Bereich internationaler gemeinsamer Praxis, der Friedens- und Anti-Kriegsarbeit,
247 der (Post)Kolonialismuskritik und der globalen Solidarität mit unterdrückten,
248 verfolgten und ausgebeuteten Menschen.

249 GEWALTFREI

250 Gewalt verhindert einen freien und gleichen Diskurs und ist deshalb niemals
251 legitimes Mittel grüner Politik.

252 Sobald einem Lebewesen Gewalt angetan wird, entstehen Schmerzen, entstehen Angst
253 und Wut und langfristig entsteht weitere Gewalt. Ob diese berechtigte Gegenwehr
254 ist oder eine weitere Eskalation, zu einer gemeinsamen und gerechten Lösung
255 führt es in keinem Fall. Stattdessen entstehen neues Leid und mehr Gewalt. Jede
256 Gesellschaft muss daher Wege finden Konflikte ohne Gewalt zu lösen, doch wir
257 sehen in der Welt, dass dies ein selten erreichtes Ideal ist. Gewalt ist nicht
258 nur körperlich, sondern kann auch seelisch sein oder versteckt ausgeübt werden.
259 Manchmal ist Gewalt den Beteiligten, weder Opfer noch Täter*innen völlig
260 bewusst, aber sie geschieht trotzdem. Es ist daher unser aller Aufgabe Gewalt
261 aufzudecken und Wege zu finden sie zu verhindern, nicht durch Vergeltung,
262 sondern Aufklärung. Das gilt für einen Streit unter Freund*innen bis hin zu
263 kriegerischen Auseinandersetzungen zwischen Staaten. Frieden muss in allem
264 Handeln oberstes Ziel sein, durch das Ansprechen der Gewalt, das Aussprechen
265 zwischen den Konfliktparteien und das Auflösen der Konfliktsituation.

266 Als Campusgrüne kämpfen wir für eine friedliche Welt, aber mit Worten und
267 gewaltfreier Aktion. Wir glauben, dass vor allem die Wissenschaft in der Pflicht
268 steht Wege friedlicher Konfliktlösung und gewaltfreien Zusammenlebens
269 aufzuzeigen. Aus diesem Grund lehnen wir jegliche militärische Forschung oder
270 kriegerische Nutzung von Forschung ab und fordern eine strenge Zivilklausel für
271 alle staatlichen Hochschulen. Stattdessen ist die Arbeit der Friedensforschung
272 und Konfliktprävention stärker zu fördern. Hochschulen sollen auch jenseits
273 ihrer Forschung ein gewaltfreier Ort sein, Übergriffe jeglicher Art müssen
274 restlos aufgeklärt und geahndet werden und das gesellschaftliche Klima sollte so
275 gestaltet sein, dass sich alle Beteiligten sicher und wohl fühlen können.

276 ZUR GESELLSCHAFTLICHEN VERANTWORTUNG VON WISSENSCHAFT

277 Wissenschaft soll für gesellschaftliche Emanzipation und Wohlstand sorgen,
278 kritisch und frei sein und gleichzeitig im Dienst der Gesellschaft stehen.

279 Sie kann nur für gesellschaftliche Emanzipation, Innovation und Wohlstand sorgen
280 und gleichzeitig kritisch und unbequem sein, wenn sie frei ist, d.h. frei von
281 politischen oder ökonomischen Einschränkungen. Außerdem kann Wissenschaft und
282 Forschung nur funktionieren, wenn sie gesellschaftlich akzeptiert und
283 wertgeschätzt werden. Wissenschaft sollte durch demokratische Prozesse aber auch
284 so gesteuert werden können, dass sie sich mit Herausforderungen wie der
285 Klimakrise und der Digitalisierung auseinandersetzt. Dabei ist es entscheidend,
286 dass sie sich den Normen einer pluralen und demokratischen Gesellschaft
287 verpflichtet fühlt, die gleichzeitig die Grundlage für ihre freie Entfaltung
288 sind.

289 Wissenschaftliche Auseinandersetzung ist dabei immer zugleich Produkt und
290 Produzent gesellschaftlicher Diskurse und Kämpfe, Themen aus dem öffentlichen
291 Diskurs "diffundieren" ständig in die wissenschaftliche Sphäre und umgekehrt.
292 Aufgrund dieser gesellschaftlich geprägten Heterogenität muss das Streiten in
293 der Universität der Grundsatz jeder Disziplin werden. Gegen die
294 Geschichtsvergessenheit und versuchte Neutralisierung muss die Wissenschaft
295 danach fragen, wie es zum Auftreten gesellschaftlicher Herausforderungen kommt,
296 in welcher Breite sie Fuß fassen und was wir gegen sie tun können. Dabei
297 definieren rechte, diskriminierende Positionen endgültig die Grenzen der
298 wissenschaftlichen Lehrbefugnis. Sie mögen legal sein – aber in Hinblick auf
299 eine solidarische Gesellschaft gar keinen Fall legitim!

300 Für uns ist die Garantie von Wissenschaftsfreiheit daher essenziell. Campusgrün
301 kämpft dafür, dass die Wissenschaft in allen Fachbereichen optimale
302 gesellschaftliche und finanzielle Bedingungen vorfindet. Sie muss
303 rechtsstaatlich so abgesichert sein, dass sie frei ist von politischem Druck,
304 d.h. der gesamte Forschungsprozess muss politisch und auch gesellschaftlich
305 nicht erwünscht sein. Es genügt jedoch nicht nur, wenn Wissenschaftsfreiheit
306 gesetzlich garantiert ist, sie kann nur existieren, wenn Forschende auch die
307 finanziellen Mittel und die Zeit besitzen, sich mit ihrer Disziplin
308 auseinanderzusetzen. Dazu braucht es eine ausreichende und verlässliche
309 Grundfinanzierung der Hochschulen und wissenschaftlichen Institute sowie nicht-
310 prekäre und familienfreundliche Beschäftigungsverhältnisse. Wettbewerb um die
311 Vergabe von Geldern darf eine ausreichende Grundfinanzierung nicht ersetzen.
312 Zugleich setzen wir uns dafür ein, dass Wissenschaft und Gesellschaft in einem
313 ständigen Dialog miteinander stehen. Es müssen gesellschaftliche Diskussionen
314 über die Folgen von Technologien und neuen wissenschaftlichen Erkenntnissen
315 hinsichtlich ihrer ethischen und ökologischen Konsequenzen stattfinden.
316 Wissenschaftler*innen stehen aber auch in der Pflicht, ihre Arbeit transparent
317 zu kommunizieren. Ihre Rolle als Akteur*in z.B. in der Politikberatung muss
318 offen kommuniziert und diskutiert werden. Transparenz von wissenschaftlichem
319 Nutzen, aber auch eigenen Interessen, Regeln und Funktionsweisen, auch von
320 Fehlern und Skandalen ist entscheidend, um langfristig das Vertrauen der
321 Gesellschaft zu gewinnen und zu erhalten.

322 Gesellschaft und Politik haben die Aufgabe die Voraussetzungen für freie
323 Wissenschaft und Forschung zu schaffen und Wissenschaftler*innen müssen sich den

- 324 demokratischen Normen und stückweise den gesellschaftlichen Forderungen an ihre
325 Arbeit anpassen und sich ihrer gesellschaftlichen Verantwortung bewusst sein.